Mark Helfrich, MdB

frischer Wind in Berlin

April 2019

Liebe Freundinnen und Freunde,

nach einem mehr als holprigen Start besteht die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD nun seit einem Jahr. Beim Blick auf das Erreichte gibt es für mich trotz aller Stolpersteine ein klares Fazit: Die GroKo ist deutlich besser als ihr Ruf. In vielen Bereichen ist es uns gelungen, uns auf Maßnahmen zu verständigen, die unser Land voranbringen.

Eine Grundgesetzänderung ist kein alltäglicher Vorgang und setzt mit den erforderlichen Mehrheiten ein klares Signal. Der von allen Parteien – mit Ausnahme der AfD – befürwortete Digitalpakt ermöglicht es dem Bund, die eigentlich unter Länderhoheit stehenden Schulen mit rund fünf Milliarden Euro bei der Digitalisierung und technischen Aufrüstung zu unterstützen. Ziel ist es, dass diese Mittel vor Ort ein Vielfaches an Investitionen auslösen. Weitere Unterstützung vom Bund wird es beim sozialen Wohnungsbau und dem regionalen Schienenverkehr geben. Einen echten Schwerpunkt setzt die GroKo bei den Familien. Die Erhöhung des Kindergeldes und Kinderfreibetrages sind für Familien direkt im Portemonnaie spürbar. Das neue Baukindergeld ist eine wertvolle Hilfe, um den Traum von den eigenen vier Wänden zu verwirklichen. Mit dem Gute-KiTa-Gesetz unterstützt der Bund die Länder und Kommunen mit insgesamt 5,5 Milliarden Euro. Besonderes Augenmerk wird dabei auf hohen Qualitätsstandards und guter Personalausstattung unserer Kitas liegen. In der Pflege schaffen wir rund 13.000 neue Personalstellen. Der Wegfall des Schulgeldes und eine angemessene Ausbildungsvergütung in Pflege- und Heilberufen machen den Berufseinstieg attraktiver. In der ärztlichen Versorgung werden Patienten schnelleren Zugang zu Facharztterminen haben, Zuschläge in der Vergütung der ländlichen Mediziner stärken die ärztliche Versorgung in dünn besiedelten Gebieten. Mit dem „Pakt für den Rechtsstaat“ werden die Personalstellen bei den Sicherheitsbehörden massiv ausgebaut, gleichzeitig gibt es zusätzliche Planstellen in der Gerichtsbarkeit. Gerade im Bereich der inneren Sicherheit setzt die GroKo damit Kernforderungen der CDU um.

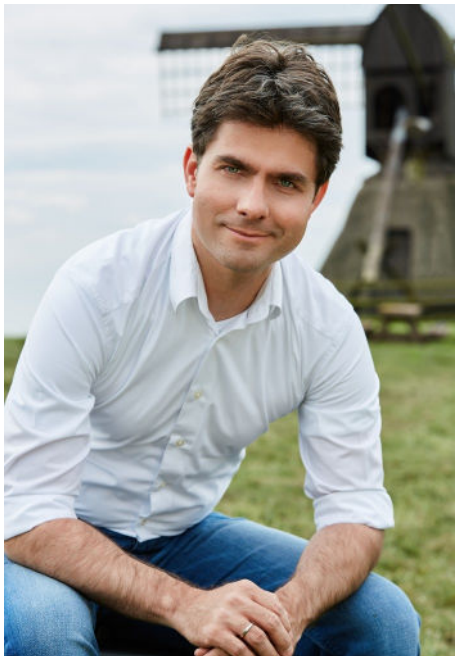
Stichwort CDU: Der Wechsel an der Spitze und das vorausgegangene Wahlverfahren haben der Union spürbar gutgetan. Die Partei ist diskussionsfreudiger geworden und erneuert sich in einem konstruktiven Dialog. Besonders erfreulich ist in meinen Augen die damit verbundene Schärfung des konservativen Profils. Die Union steht selbstbewusst zu ihren drei Wurzeln (christlich-sozial, liberal, konservativ) und schafft es so, ihre Position als führende Regierungspartei wieder zu stärken.

In meinem Wahlkreis setze ich mich beinahe täglich dafür ein, das Fördermittel des Bundes auch hier ankommen und bewilligte Projekte möglichst schnell realisiert werden. So ist der Ausbau der B5 zwischen Itzehoe und Wilster in Arbeit, die jetzt durch den Bund zugestandene Elektrifizierung der Bahnstrecke zwischen Itzehoe und Brunsbüttel eröffnet neue Perspektiven für die Anbindung des Industriegebietes. Dieses wiederum steht vor einem gewaltigen Investitionsschub, wenn es gelingt, das geplante und vom Bund zu fördernde Terminal für LNG (Flüssigerdgas) in den Elbehafen zu holen. Mit guten Argumenten für den Standort geht auch Itzehoe in das Rennen um den Bau einer vom Bund mit 500 Mio. Euro bezuschussten Forschungsfabrik für Batteriezellen. Hier arbeiten alle Beteiligten gemeinsam hart daran, sich gegen starke Konkurrenz zu behaupten. Bei beiden Großprojekten ist mit einer Entscheidung im Laufe dieses Jahres zu rechnen. Bitte drücken Sie unserer Region also für diese beiden wichtigen „Leuchttürme“ die Daumen.

Mit diesem Überblick sende ich herzliche Grüße aus Berlin und wünsche Ihnen und Euch ein gesegnetes Osterfest.

Ihr/Euer

Mark Helfrich



Fahrverbote müssen das aller letzte Mittel sein

Mit einer Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes wollen wir Fahrverbote für ältere Diesel-Fahrzeuge in Deutschland vermeiden. Diese führen zu erheblichen Problemen für Bürger und Unternehmen. Es wurde festgelegt, dass Fahrverbote wegen Überschreitung des Stickoxid-Grenzwertes unverhältnismäßig und nicht erforderlich sind, wenn in den Städten der Wert von 50 Mikrogramm Stickoxid je Kubikmeter Luft im Jahresmittel nicht überschritten wird. Vom Fahrverbot grundsätzlich ausgenommen sein sollen: Euro-6-Diesel, nachgerüstete Busse, schwere Kommunalfahrzeuge der Müllabfuhr und Feuerwehr sowie Handwerker- und Lieferfahrzeuge. Ebenfalls ältere Euro-4- und Euro-5-Diesel-Fahrzeuge, die nach einer Nachrüstung weniger als 270 Milligramm Stickoxid pro Kilometer ausstoßen. Den betroffenen Kommunen stehen 1,5 Milliarden Euro im Rahmen des Sofortprogramms „Saubere Luft 2017-2020“ zur Verfügung, um mit Investitionen beispielsweise in Verkehrsinfrastruktur oder den ÖPNV die Grenzwerte zu erreichen. Die EU-Kommission hatte die Pläne des Bundesverkehrsministeriums jüngst freigegeben Das sind gute Nachrichten für Bürger, Handwerk und Mittelstand und schafft Rechtssicherheit für die Kommunen.

Grünes Licht für Elektrifizierung der Bahnstrecke Wilster - Brunsbüttel

Der Druck aus der Region hat sich gelohnt: Der Ausbau der Bahnstrecke Brunsbüttel – Wilster ist nun doch in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans bis 2030 aufgenommen worden – ein wichtiger Meilenstein für die Anbindung des Industriestandorts Brunsbüttel. Ganz konkret ist die Elektrifizierung der bislang nur für den Güterverkehr genutzten Nebenstrecke bis zum Industriegebiet Brunsbüttel vorgesehen. In diesem Zusammenhang wird auch die Strecke Itzehoe – Wilster elektrifiziert. Insgesamt stellt der Bund rund 61 Millionen Euro zur Verfügung. Mit dieser Entscheidung steigen perspektivisch auch die Chancen für den in der Region lange geforderten Bau eines zweiten Gleises. Aber auch für den Personenverkehr ab Brunsbüttel sehe ich gute Chancen. Wenn die Strecke elektrifiziert ist, macht es Sinn, die Strecke Wilster – Brunsbüttel für den Schienenpersonennahverkehr zu reaktivieren. Im Vergleich zum derzeit verkehrenden Schnellbus, der sich noch viele Jahre durch die Großbaustelle B5 quälen muss, wäre der Zug deutlich schneller und könnte auch noch Wilster bedienen. Der Bundesverkehrswegeplan 2030 ist ein Riesenerfolg für unsere Region, mit der Entscheidung sind ausnahmslos alle regional gewünschten Projekte im vordringlichen Bedarf verankert.

Schnellere Termine beim Arzt für Kassenpatienten

Mit dem im März verabschiedeten Terminservice- und Versorgungsgesetz wollen wir die Wartezeiten von Kassenpatienten auf einen Termin beim Arzt verringern. Um das zu erreichen, werden niedergelassene Ärzte verpflichtet, ihre wöchentliche Mindestöffnungszeit um fünf Stunden auf 25 Stunden auszudehnen, um mehr für ihre Patienten da sein zu können. Für Ärzte, die zusätzliche Patienten aufnehmen, soll gelten: Wer mehr arbeitet, soll auch entsprechend besser vergütet werden. Damit reagieren wir auf den verständlichen Ärger der Bürger über zu lange Wartezeiten beim Arzt und setzen unser Versprechen zur Verbesserung dieser Situation zügig um. Die telefonische Vermittlung von Terminen für Patienten, die trotz Überweisung keinen Facharzt finden, soll stark ausgebaut werden. Die Terminservicestellen werden täglich rund um die Uhr unter der Telefonnummer 116117 erreichbar sein.

Zudem wird der Zuschuss zum Zahnersatz von Oktober nächsten Jahres an von 50 auf 60 Prozent erhöht.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es ebenso wichtig, eine flächendeckende Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sicherzustellen. So sollen die Bundesländer in dünn besiedelten oder strukturschwachen Gebieten auf Zulassungssperren für Arztpraxen verzichten können. In ländlichen und strukturschwachen Gebieten sollen die dort behandelnden Ärzte künftig Zuschläge erhalten. Wir sorgen für Anreize, Hausarztverträge abzuschließen, und stärken die Rolle der Hausärzte. Das ist für die Zukunft des Berufes und für die flächendeckende Versorgung bei uns an der Westküste wichtig.

Finanzspritze vom Bund für Investitionen in Schulen

Für sechs Schulen in Steinburg, Dithmarschen Süd und Bad Bramstedt gibt es gute Nachrichten. Ihnen stellt der Bund im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes insgesamt 10,34 Mio. Euro zur Verfügung. Grundsätzlich fallen Schulen nicht in die Zuständigkeit des Bundes. Der Investitionsstau der letzten Jahre in Folge klammer Kommunalkassen machte eine Aufweichung des Kooperationsverbotes notwendig und ein solches Hilfsprogramm des Bundes für die Kommunen möglich. Insgesamt fließen rund 100 Mio. Euro an Bundesmitteln nach Schleswig-Holstein. Das ist eines der größten Schul-Förderprogramme, die der Bund jemals aufgelegt hat und ein starkes Signal, dass wir in Berlin an die Kommunen und Schulträger denken.

Milliarden vom Bund für Kitas und Schulen

In den vergangenen zehn Jahren hat der Bund bereits rund elf Milliarden Euro in Kitas und deren Betrieb investiert. Diesen Weg setzen wir nun konsequent mit dem „Gute Kita-Gesetz“ fort. In den kommenden Jahren unterstützt der Bund die Länder und Kommunen mit insgesamt 5,5 Milliarden Euro beim Ausbau der Kinderbetreuung. Zielvorgaben sind die Gewährleistung eines bedarfsgerechten Angebotes, ein guter Erzieher-Kind-Schlüssel, qualifizierte Fachkräfte und eine Stärkung der Kita-Leitungen. Wichtig ist aber auch eine bundesweit verpflichtende Staffelung der Elternbeiträge nach sozialen Kriterien. So werden erstmalig geringverdienende Familien, die Kindergeld oder Wohngeld beziehen, überhaupt keine Elternbeiträge mehr für die Kita zahlen müssen. Damit leisten wir einen Beitrag für die gute Betreuung von Kindern und stellen sicher, dass Eltern bundesweit eine gleichwertige Beteiligung am Arbeitsleben ermöglicht wird.

Mit der Einigung im Koalitionsausschuss und der folgenden Grundgesetzänderung haben Bund und Länder den Weg für den sogenannten Digitalpakt frei gemacht. Damit wird der Bund in den kommenden Jahren fünf Milliarden Euro in die Digitalisierung und technische Aufrüstung der 40.000 deutschen Schulen investieren. Ich freue mich, dass endlich die Meinungsverschiedenheiten mit den originär für Bildungspolitik zuständigen Ländern beigelegt werden konnten und wir nun eine gemeinsame Marschrichtung für eine zukunftsorientierte Bildungspolitik haben. Ebenfalls positiv: Einigkeit herrschte nicht nur zwischen Bund und Ländern, sondern auch quer durch das politische Spektrum. Mit Ausnahme der AfD stimmten alle im Bundestag vertretenen Parteien für den Digitalpakt und gaben damit grünes Licht für eine zeitgemäße digitale Ausstattung an unseren Schulen.

Viel Geld vom Bund für Stadtpalais Glückstadt und Katharinenkirche in Großenaspe

Die Instandsetzung und der Erhalt historischer Gebäude ist mir ein großes Anliegen. Sie spielen eine wichtige Rolle für die kulturelle Identität unserer Region. Darum freue ich mich, dass der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages im letzten Jahr meinem Vorschlag zur Sanierung des Stadtpalais Glückstadt sowie der Katharinenkirche in Großenaspe zugestimmt hat. Der Bund wird sich an der Sanierung des 1644 gebauten Stadtpalais mit 250.000 Euro beteiligen. An die 1772 erbaute Katharinenkirche geht ein Betrag in Höhe von 160.000 Euro.

Die Förderung erfolgt im Rahmen des Denkmalschutz-Sonderprogrammes, welches dringende Restaurierungsarbeiten an wertvollen kleineren Denkmalen in Städten und Gemeinden fördert, die einen wesentlichen Teil des kulturellen Erbes in Deutschland bilden. 2018 wurden vom Bund 30 Mio. Euro bereitgestellt, wodurch bundesweit 181 Projekte finanziell unterstützt werden, davon 6 in Schleswig-Holstein mit einem Gesamtfördervolumen von knapp 1,1 Mio. Euro.

CDU SCHLESWIG-HOLSTEIN

aus dem Wahlkreis

Freie Fahrt für freie Fischer

Seit knapp einem Jahr habe ich mich auf Bitten des Fischervereins Friedrichskoog für eine Änderung der Befahrensregelungen für Fischer in den Offshore-Windparks der Nord- und Ostsee eingesetzt. Die Fischer hatten sich über die massive Einschränkung ihrer Fahrtrouten und Fanggründe durch die Offshore-Windparks beschwert. Nach intensiven Gesprächen mit dem Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung sowie Betreibern von Offshore-Windparks brachte ein Treffen mit allen Beteiligten im Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Hamburg Ende Februar den Durchbruch. Wir konnten erreichen, dass den Fischern nunmehr die Fahrt durch Offshore-Windparks in der Nord- und Ostsee mit erleichterten Bedingungen ermöglicht und das Winter- und Nachtfahrverbot komplett aufgehoben wird. Umwege, die die Fischer bislang Zeit und Geld kosteten, entfallen im Laufe des Jahres 2019.

Itzehoe bewirbt sich als Standort der Forschungsfertigung Batteriezelle

Ein Thema, das ich derzeit mit Hochdruck vorantreibe, ist die Bewerbung Schleswig-Holsteins als Standort für die „Forschungsfertigung Batteriezelle“. Hintergrund ist eine im März veröffentlichte Ausschreibung des Bundesforschungsministeriums mit einem Projektvolumen von mehr als einer halben Milliarde Euro. Die für das Ministerium agierende Fraunhofer-Gesellschaft hat Itzehoe neben vielen weiteren Standorten aufgefordert, sich zu bewerben. Die Landesregierung hat sich explizit für Itzehoe als besonders geeigneten Standort ausgesprochen. Und dies aus gutem Grund: Die schleswig-holsteinische Westküste ist im Gegensatz zu anderen Mitbewerbern in der Lage, ein Batteriezellproduktion komplett auf erneuerbarem Strom aufzubauen. Damit ist die Region prädestiniert für eine Technologie, die in großem Maße dem Klimaschutz dienen soll. Ein weiterer gewichtiger Vorteil ist die vorhandene Kompetenz vor Ort. Itzehoe ist die Geburtsstadt von drei innovativen Batteriezellherstellern. Zudem haben wir mit dem bereits vor Ort bestehenden Fraunhofer-ISIT ein Institut mit über Jahre gewachsenem Knowhow auf dem Gebiet der Batterie-

zellenforschung. Bis zum 15. Mai werde ich in enger Zusammenarbeit mit dem Land und zahlreichen Mitstreitern aus Kreis und Stadt dafür kämpfen, dass Itzehoe als Sieger aus dem Wettbewerb hervorgehen wird. Unsere Region hat substanziell etwas vorzuweisen und wird sich daher in keiner Weise verstecken.

Impressum

Herausgeber / Fotos:
Mark Helfrich, MdB
www.mark-helfrich.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227 78174
Fax: +49 30 227 70175
mark.helfrich@bundestag.de

Wahlkreisbüro Itzehoe:
Feldschmiede 77 A
25524 Itzehoe
Telefon: +49 4821 900 83 20
Fax: +49 4821 900 83 29

Wahlkreisbüro Heide:
Neue Anlage 17
25746 Heide
Telefon: +49 481 3406
Fax: +49 481 5382

Druck:
Hans Böttger KG
Liliencronstraße 2
25524 Itzehoe

Mark Helfrich/PolitikerIn